

**Rede des umweltpolitischen Sprechers
Rainer Deppe**

am 28. November 2013

**Plenum, TOP 1:
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014
(Haushaltsgesetz 2014)**

**Gesetzentwurf der Landesregierung; hier Einzelplan 10 (Ministerium für
Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz), Teilbereiche
„Umwelt und Naturschutz“**

Frau Präsidentin!
Meine Damen und Herren!

Mit dem Bericht der Brundtland-Kommission „Unsere gemeinsame Zukunft“ aus dem Jahre 1987 wurde ein Begriff definiert, der heute zu Recht in keiner ordentlichen, die Zukunft beschreibenden Rede fehlt. Ich spreche vom Begriff der Nachhaltigkeit.

Seit 2010 ist der Umweltetat jedes Jahr gestiegen – von ursprünglich 744 Millionen € auf im kommenden Jahr 913 Millionen €. Alle Steigerungen sind mit neuen Schulden erkaufte und müssen von den zukünftigen Generationen bezahlt werden.

Herr Remmel, in Ihrer Einbringungsrede haben Sie siebenmal das Wort „nachhaltig“ verwendet. Aber wenn es um nachhaltige Haushaltspolitik gehen müsste, dann kennen Sie dieses Wort nicht mehr. Wir setzen den Schwerpunkt in der Umweltpolitik aus Sicht der CDU noch deutlicher als im Haushalt 2013 beim Hochwasserschutz. Die Überschwemmungsgefahr ist nach wie vor die größte bekannte und bisher noch nicht gelöste Umweltbedrohung in Nordrhein-Westfalen. Aus diesem Grund beantragen wir für 2014, die Mittel für den technischen Hochwasserschutz von 30 auf 50 Millionen €, also um 20 Millionen €, zu erhöhen. Wir halten die Kürzung des Vorjahres für unverantwortlich. Diese muss wieder rückgängig gemacht werden.

Wenn Anfang Juni die Regenmassen statt an Donau und Elbe im Einzugsbereich von Main, Neckar, Mosel, Sieg, Wupper und am Rhein niedergegangen wären, würden wir hier heute eine ganz andere Debatte führen. Die Schäden, die im Süden und Osten mindestens 8 Milliarden € betragen, wären im dicht besiedelten und hoch industrialisierten Nordrhein-Westfalen um ein Vielfaches höher. Statt jetzt zügig die maroden und zu niedrigen Deiche zu sanieren, häufig auch komplett neu zu errichten, kürzen Sie die Mittel um 25 %. Sie verfügen im kommenden Jahr über fast 1 Milliarde €. Der Schutz vor Hochwasser ist Ihnen gerade mal 3,3 % wert.



Es gilt das gesprochene Wort!

Dass es nicht vorangeht, beklagen nicht nur die Deichverantwortlichen vor Ort, sondern das geben Ihre eigenen Mitarbeiter unumwunden zu. So konnten wir noch gestern von der Bezirksregierung Düsseldorf lesen, dass es keine Perspektive gibt, die Deiche am Niederrhein bis zum Beginn des nächsten Jahrzehnts auf Sicherheitsstandard zu bringen. Auf Sicherheitsstandard bringen ist in Nordrhein-Westfalen offenbar unter Ihrer Regierung vollkommen unmöglich.

Wir reden hier allein am Rhein von 100 km. Da haben wir über die Nebenflüsse und die anderen Gewässer in Nordrhein-Westfalen noch gar nicht gesprochen. Sollte es am Rhein zu Überschwemmungen oder zu Deichbrüchen kommen, meine Damen und Herren, werden Sie von SPD und Grünen, die wider besseres Wissen nicht handeln, für Milliarden Schäden verantwortlich sein. Tun Sie etwas, bevor es zu spät ist!

Meine Damen und Herren, im Umweltbereich setzen Sie die reichhaltigen Ressourcen Ihres Geschäftsbereiches vollkommen unzulänglich ein. Bei 300 zusätzlichen Stellen kann man zu Recht mehr erwarten. Zu viele Ressourcen werden eingesetzt, um die kleinen Leute zu drangsalieren. Fragen Sie doch einmal die Autofahrer zum Thema „Feinstaubzonen“ oder die Hausbesitzer zur Dichtheitsprüfung, die Gastwirte zur Restaurantampel und die Gäste zu Ihrem unsäglichen Rauchverbot. Diese Nebenkriegsschauplätze sind für SPD und Grüne aber genau die Schwerpunkte Ihrer Politik.

Wenn es aber dann um die Großen geht, dann sind Sie ziemlich still. Dabei wäre gerade hier Ihr Handeln gefordert: wenn es darum geht, das Kerosin in Wesseling aus dem Boden zu holen, wenn die Menschen rund um den Eyler Berg in Kamp-Lintfort vor den Auswirkungen der Sondermülldeponie geschützt werden müssen. Ihre Aufgabe wäre es, der Ruhrkohle unmissverständlich klarzumachen: Den in den Zechen eingelagerten Giftmüll kann man nicht über die Anhebung des Grundwasserspiegels nach und nach wieder in die Umwelt zurücktransportieren. Hier wäre Ihr kräftiges Zupacken angesagt.

Da, wo es darauf ankommt, meine Damen und Herren, vermissen die Menschen Ihr Zupacken. Die Schwerpunkte Ihrer Umweltpolitik müssen sich deutlich verändern.